

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzbeschriftung 3.— Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eröffnung der Konferenz in Washington.

Washington, 12. November. Präsident Harding erklärte in seiner Rede bei der Eröffnung der Washingtoner Konferenz, es sei nicht möglich, die Bedeutung einer solchen Konferenz zu unterschätzen. Es sei keine unziemliche Prahlerei und keine Herabsetzung der andern Nationen, die, obwohl nicht auf der Konferenz vertreten, in höchster Achtung gehalten würden, wenn man erwäge, daß die Beschlüsse dieser Konferenz einen außerordentlichen Einfluß auf den gesamten menschlichen Fortschritt, ja sogar auf das Schicksal der Welt haben werden. Es sei nicht eine Konferenz zur Festlegung von Bedingungen, es sei ein Zusammenkommen aus allen Teilen der Erde, um die Störungen in den internationalen Beziehungen der Nationen auf das kleinste Maß zurückzuführen. Die Welt ist friedliebend und drängt nach Erneuerung, sie hungert und dürstet nach besserem Zusammenleben. Die Menschen sehnen nach Erlösung und sehen nach der Gewißheit dauernden Friedens. In allen Ländern werde die Schuldenlast und die Trostlosigkeit der Zerstörung gleich empfunden. Alle verlangten nach Freiheit und Gerechtigkeit, die eine könne ohne die andre nicht leben und alle Völker müssen sie besitzen. Die Welt taumle in ihren Schulden und wolle ihre Last abgenommen sehen. Angesichts der unermesslichen Kosten eines Krieges und der fortwährenden Mühsal verlangten alle einsichtigen Völker wirkliche Beschränkungen der Rüstungen und eine Sicherheit des Friedens.

Präsident Harding fuhr fort, indem er sich an die Delegierten der Konferenz wandte: Die Vereinigten Staaten begrüßen euch mit ungelieblichen Händen. Wir hegen keine Furcht, wir verfolgen keine niedrigen Ziele, wir sehen niemand als Feind an. Wir denken nicht an Eroberungen. Zufrieden mit dem, was wir haben, suchen wir nicht nach dem, was andern gehört. Wir wollen mit euch an dem Tisch internationaler Verständigung und internationalen Wohlwollens sitzen. Kein Volk braucht gebemüht, kein Volk erniedrigt zu werden. Harding schloß: Ich kann nur für die Vereinigten Staaten offiziell sprechen. Unsere 100 Millionen wollen aufrichtig weniger Rüstungen und niemand will Krieg. Wir sind im Dienste der Menschheit zusammengekommen. Ich hoffe auf eine Verständigung über die Bürgschaften des Friedens. Ich hoffe auf geringere Lasten und eine bessere Ordnung, die zur Beruhigung der Welt führt.

Hardings Grundzüge.

Präsident Harding hat die Grundzüge der Abrüstungskonferenz in folgender Erklärung festgelegt, die er Journalisten gegenüber abgab:

1. Eine engere internationale Zusammenarbeit ist erforderlich. Ohne daß Amerika dem Völkerbund beitrete, würde es sich doch dessen Willen nicht entgegenstellen, vorausgesetzt, daß sich dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in persönlichen Zusammenkünften nach der Art der Washingtoner Konferenz finden.
2. Obgleich die Vereinigten Staaten energischer Anhänger der Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit Chinas sind, halten sie es für notwendig, in genau abgegrenzten Grenzen den Ansprüchen Japans Rechnung zu tragen, damit dieses sich außerhalb seiner Grenzen auszudehnen imstande ist. Die Schwierigkeit wird aber die Frage sein, unter welchen Bedingungen und bis zu welchem Grade eine solche Ausdehnung Japans vor sich gehen könnte.
3. Bei der Festlegung der Grenzen der Abrüstung muß die Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betreffs der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigt werden.
4. Die Lage Frankreichs muß in Betracht gezogen werden, damit Frankreichs Beschränkungen beiläufig werden. Der Garantievertrag zu Dreien (Amerika, England, Frankreich) kann nicht wieder aufleben, unter welcher Form es auch immer sei. Aber Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck ausübt.
5. Die zu wachsenden Hoffnungen der radikalsten Parteien dürfen keine Ermüdung erfahren, a) insbesondere nicht in der Richtung einer einmaligen vollständigen Unterdrückung der Rüstungen.
6. Wenn diese Konferenz kein Erfolg haben sollte, so wird sie doch wenigstens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse für den allgemeinen Frieden offenzulegen und jene Blockstellen, die für diese Hindernisse die Verantwortung tragen.

Amerikas Vorschläge für die Beschränkung der Flottenrüstungen.

Washington, 12. November. Auf der Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz legte Staatssekretär Hughes im Namen der amerikanischen Delegation allgemeine Grundzüge dar, die wie folgt lauten: 1. Der Bau aller Großkampfschiffe der gegenwärtigen Bauprogramme, sowohl der in Ausführung befindlichen als auch der geplanten, wird aufgehoben. 2. Eine weitere Verminderung findet statt durch Ausrottung gewisser älterer Schiffe. 3. Die bestehenden Flottenstützen der in Betracht kommenden Mächte werden im allgemeinen vermindert.

Nach dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes würde Großbritannien einzustellen haben den Bau der vier Hood- und aller Schlachtschiffe zweiter und erster Linie bis zur King-George-Klasse. Japan würde aufgeben die Pläne der zwei Schlachtschiffe und vier Schlachtkreuzer, die sich im Bau befinden, und alle zehn Dreadnought-Schlachtschiffe der zweiten Linie. Hughes schlägt vor, daß keine weiteren Großkampfschiffe während einer Periode von zehn Jahren auf Stapel gelegt werden, und daß ein Höchstmaß für Ersatzbauten festgelegt werden soll, wodurch vorausgesehen werden: 500 000 Tonnen für Großbritannien und 300 000 Tonnen für Japan. Nach diesem Plan würden die Vereinigten Staaten 15 Kriegsschiffe, die sich im Bau befinden, und 15 ältere Kriegsschiffe zu streichen haben.

Nach der Rede von Hughes wurde eine Abrüstungskommission gebildet aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte, dazu treten als Beigeordnete für die Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter der vier andern Mächte. Darauf verlangten die Mitglieder der Konferenz nach einer Rede Briands und riefen wiederholt nach seinem Namen. Briand, der sehr überrascht schien, hielt eine Ansprache aus dem Stuhl und sagte darin, als Frankreich die Einladung Hardings erhalten habe, habe es „hier!“ gerufen sowohl aus unauflöslicher Dankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, als auch aus persönlicher Eingebung und geleitet von dem brennenden Wunsche, bei der Lösung jeder Frage mitzuwirken, welche der Befestigung des Friedens diene und geeignet sei, ihn im Rahmen des Möglichen zu einem dauernden zu machen. Briand erinnerte dann daran, daß die Vereinigten Staaten Frankreich zu Hilfe geeilt seien und mit den Alliierten dazu beigetragen hätten, die Unabhängigkeit Frankreichs zu sichern. „Da wir zusammen den Krieg gewonnen haben“, sagte Briand, „müssen wir uns gemeinsam bemühen, den Frieden zu gewinnen.“ Briand fügte hinzu, daß Frankreich trotz der ihm von der Nachbarsseite drohenden Gefahren mit ganzem Willen und ganzem Herzen auf der Konferenz die Mittel suchen wolle, die kostspieligen Rüstungen einzuschränken. Frankreich habe schon viel getan; es werde diesen Weg bis zu Ende gehen. Besser als sonst jemand wisse Frankreich, was ein Krieg koste, und es liebe daher über alles den Frieden. Briand schloß seine Rede, indem er sagte, wenn morgen die Sicherheit Frankreichs wiederhergestellt sei, werde es bereit sein, zu sagen: „Die Waffen nieder!“

Die Ausnahme der amerikanischen Vorschläge.

Berlin, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.) Den ausländischen Delegierten und besonders der englischen Delegation bei der Konferenz zu Washington sind die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes völlig überraschend gekommen und sie haben ihre Erwartung weit übertroffen. Die Berliner Montagspost erzählt, daß die Mitglieder der englischen Marine-Delegation betroffen darüber seien, daß die amerikanischen Vorschläge so weit gehen, und daß sie so sehr in Details gehen, ohne daß bisher Verhandlungen über das Thema stattgefunden hätten. Die Delegationen, nicht nur die englische, betrachten den Abrüstungsvorschlag als viel ernster und seine Eingriffe in ihr Flottenprogramm viel tiefer, als sie erwartet hätten. Es wird bereits der Weg angedeutet, auf dem der Widerstand gegen den amerikanischen Abrüstungsplan organisiert werden sollte, nämlich, indem man Japan als Bahnbrecher vorschleibt, während die interessierten europäischen Mächte nur als Sekundanten auftreten würden.

Paris, 13. November. (W.F.V.) Der Sonderberichterstatter des Internationalen Bureaus berichtet aus Washington, die englische Delegation habe gestern abend vernommen lassen, daß sie grundsätzlich bereit sei, die Vorschläge Hughes' anzunehmen. Wenn es so wäre, dann würde man am Dienstag die Bedingungen erfahren, die England und Japan an die Annahme knüpfen. Die Rede Hughes' scheint einen tiefen, ausgezeichneten Eindruck gemacht zu haben. Man erklärt in allen Kreisen, daß sie, obwohl kategorisch, doch sehr geschickt sei; denn sie habe Belsoll bei den Republikanern und bei dem gesamten Kongress gefunden. Der Berichterstatter faßt jedoch seinen Eindruck dahin zusammen, daß das amerikanische Programm unmöglich ausgeführt werden könne.

Das Arbeitsprogramm der Konferenz.

Nach einer Washingtoner Depesche werden die eigentlichen Arbeiten der Konferenz am 14. November beginnen. Als erste Frage steht die Abrüstung zur See auf der Tagesordnung. Staatssekretär Hughes soll die Absicht haben zu fordern, daß alle Verträge zwischen den auf der Konferenz vertretenen Mächten mit China oder alle Verträge, die sich irgendwie auf China beziehen, auf den Konferenztag gelegt werden sollen. Was die Sonderabmachungen anbelangt, die Amerika vorschlagen wird, um eine Regelung der Frage des fernem Ostens herbeizuführen, so läßt sich nach zuverlässigen Mitteilungen darüber folgendes sagen:

1. Die Zugänge nach Sibirien, die gegenwärtig von Japan blockiert werden, sollen freigegeben werden.
2. Die ostchinesische Eisenbahn soll internationalisiert und neutralisiert werden.
3. Ein Finanzkonsortium soll gegründet werden als wirksames Mittel für die Durchführung einer internationalen Aktion. Die Mandchurien und die Mongolei sollen in diese Aktion mit einbezogen werden.
4. Japan wird seine Rechte auf die südmandschurische Eisenbahn behalten und seinen Postvertrag für die Hauptinsel Hainan im Jahre 1923 erneuern.
5. Alle öffentlichen chinesischen Anleihen, sowohl Staats- wie Provinzialanleihen, sollen durch Vermittlung eines Konsortiums zur Ausgabe gelangen.
6. Allen Privatunternehmungen soll Gleichheit der Rechte zuerkannt werden.
7. Alle Privilegienbestimmungen und Exklusivitätsrechte, die irgendeiner Macht eine Art Monopol erteilen, sollen in Zukunft ausgeschlossen sein.

Die Konferenz über die Fragen des Stillen Ozeans wird sich mit drei den fernem Osten betreffenden Fragen befassen, und zwar: 1. Chinesische Angelegenheit, 2. Sibirische Angelegenheit, 3. Zerteilung der Mandate über gewisse Gebiete. Die Fragen, die auf China und Sibirien Bezug haben, zerfallen in folgende zwei Gruppen: 1. Grundzüge, 2. Anwendung dieser Grundzüge. Die letzte Gruppe wird in sechs Abschnitte zerfallen: 1. Territoriale Unversehrtheit, 2. Aufrechterhaltung der Verwaltungsrechte, 3. Offene Tür, 4. Außerordentliche Rechte, Monopole und Privilegien, die zugestanden werden sollen, 5. Chinesische Eisenbahnen, insbesondere die ostchinesische Eisenbahn, 6. Gegenwärtige Lage und Erwägung, inwieweit die internationalen Verpflichtungen in China erfüllt werden.

Der Sturm des Bürgerturns abgeschlagen.

Nach Berlin Leipzig! Das war die Losung aller bürgerlichen Gruppen und Politiker bei der diesmaligen Stadtverordnetenwahl in Leipzig. Darauf war auch die ganze Wahltagation eingestellt. Wenn trotzdem die bürgerlichen Drahtzieher ihr Ziel nicht erreicht haben, so liegt dies an dem stürmerprobten Kämpfern, die in den sozialistischen Organisationen zu gemeinschaftlichem Kampfe verbunden sind und besonders an der starken Organisation der USP. in Leipzig. Nicht umsonst bekämpften die Reaktionäre mit Heftigkeit ohnegleichen gerade die USP., und merkwürdigerweise, oder auch nicht, haben die Kommunisten sich dasselbe Kampfziel gesteckt, nämlich die Unabhängige Sozialdemokratie im Stadtparlament zu dezimieren. Haben doch selbst die Leipziger Neuesten Nachrichten gestern geschrieben, daß das Bürgerturn von den Kommunisten nicht allzuviel gemerkt habe, desto mehr richteten sie ihren Kampf gegen unsere Partei.

So ist das Ergebnis der gestrigen Wahl nun, daß das Bürgerturn die sozialistische Mehrheit nicht durch die seinige erlegen kann. Es stehen sich 36 sozialistische und 36 bürgerliche Stadtverordnete gegenüber; sie halten sich sonach die Waage. Ob bei diesem Zustand die Gemeindevertretung arbeitsfähig wird, ist sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlich wird sie es nicht sein. Der sozialistischen Vertretung sind drei Mandate abgenommen worden, obwohl das Verhältnis der abgegebenen Stimmen ein anderes Ergebnis erfordert. Die sozialistischen Stimmen überragen die bürgerlichen um 5000; 167 388 bürgerlichen stehen 172 012 sozialistische Stimmen gegenüber. Daß den sozialistischen Parteien das 37. Mandat und damit die Mehrheit im Kollegium nicht zugefallen ist, hängt mit der Verteilung der Reststimmen zusammen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat zahlenmäßig von allen Parteien am besten abgeschnitten. Seit der Landtagswahl im November 1920 hat sie im Stadtbezirk nicht weniger als 34 331 Stimmen gewonnen. Damals erhielt sie 80 000 Stimmen, jetzt 114 000; trotzdem fallen ihr nur 24 Mandate zu, ihre Mandatszahl geht von 32 auf 24 zurück. Sie hat mehr Stimmen gewonnen, als die Vereinigte Kommunistische Partei überhaupt Stimmen aufbringt; die obendrein seit der Landtagswahl 6490 Stimmen verloren hat. Diese wird nach der abgegebenen Stimmenzahl 6 Mandate erhalten, zu dem bis jetzt schon besessenen sind also 5 hinzugekommen. Nächst unserer Partei hat der Mischmasch etwa 16 000 Stimmen gegenüber der Landtagswahl zugenommen, ihm fallen 28 Mandate und 1 weiteres durch die Reststimmenverteilung zu. Die Rechtssozialisten haben 2518 Stimmen seit der Landtagswahl gewonnen, sie erhalten 5 Mandate und eines durch die Reststimmen; ihre Fraktionsstärke wird sonach gleichbleiben. Am schwächsten sind auch in Leipzig die Demokraten gefahren, sie besitzen von ihren 17 Mandaten 11 ein. Ihre Stimmenzahl ist seit der Landtagswahl um 1538 zurückgegangen. Stimmen gewonnen haben also seit der Landtagswahl unsere Partei rund 34 000, der Mischmasch 16 000, die Rechtssozialisten 2500, verloren haben die Kommunisten 6500 und die Demokraten über 1500. Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien sonach in folgender Weise: Mischmaschliste 28 und 1 durch die Reststimmen, und zwar durch die Listenverbindung mit den Demokraten; auf unsere Partei 24, wobei die 1500 Reststimmen unberücksichtigt bleiben, auf die Rechtssozialisten 5 und durch die Reststimmen von 2858 ein weiteres Mandat, also 6, auf die Kommunisten 6 Mandate, die Reststimmen von 1556 bleiben unberücksichtigt, auf die Demokraten 6 Mandate und auf die Antisemiten oder Deutschsozialisten durch die Reststimmengruppe ein Mandat. Die Wahlbeteiligung beträgt 80,3 Prozent, sie war also ziemlich stark.

Faßt man das Zahlenergebnis zusammen, so ist festzustellen, daß trotz der relativ starken Beteiligung immer noch 80 000 Wähler ihr Stimmrecht nicht ausgeübt haben. Es gibt also auch in Leipzig noch einen beträchtlichen Teil indifferenten Leute, die die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl nicht zu erkennen vermögen. Wenn die bürgerliche Presse diese Nichtwähler für sich in Anspruch nimmt und daraus folgert, daß dem Bürgerturn der Sturm diesmal gesungen wäre, wenn diese Nichtwähler ihre Stimme abgegeben hätten, so irrt sie. Es gibt leider auch in der Arbeiterpartei noch genügend Elemente, die den Wert des Wahlrechts nicht erkannt haben. Würden die Nichtwähler zur Stimmabgabe gezwungen, so würde sich die Stimmabgabe nicht auf die bürgerlichen Parteien beschränken, sondern sie würde auch den sozialistischen zugute kommen. Indes ist diese Frage von untergeordneter Bedeutung.

Biel wichtiger als die Frage der Beteiligung der Nichtwähler an der Wahl ist nun die, welche Folgerungen sich aus der gestrigen Stadtverordnetenwahl ergeben. Wird das Stadtparlament arbeitsfähig werden? Und wenn ja, welche Richtung in der Kommunalpolitik wird es einschlagen? Um diese Fragen zu beantworten, ist eine kurze Betrachtung der Parteien notwendig. Die bürgerlichen Gruppen, die sich unter dem Namen Gemeindefreie, zusammenschließen,